

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Zielkonflikte in der öffentlichen Ausgabenpolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1962) : Zielkonflikte in der öffentlichen Ausgabenpolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 9, pp. 369-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133239>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zielkonflikte in der öffentlichen Ausgabenpolitik

Nach vorherrschender Ansicht sind öffentliche Ausgaben ein notwendiges Übel. Diese Vorstellung ist offenbar ebensowenig auszurotten wie jene andere, nach der nur die Hervorbringung von Gütern „produktiv“ ist. Sie unterstellt eine nahezu unbegrenzte Priorität privater Einkommensverwendung. Jede Diskussion um die Berechtigung oder Größenordnung öffentlicher Ausgaben ist mit dieser Hypothek belastet.

Zu einem ganz beträchtlichen Teil entstehen öffentliche Ausgaben zwangsläufig. Die Welt des Kalten Krieges verlangt erhöhte Sicherheitsvorkehrungen. Die Welt von heute verlangt auch höhere Sozialaufwendungen — im weitesten Sinne — als die vor einer oder zwei Generationen. Und eine wachsende Wirtschaft erfordert mit Notwendigkeit die vermehrte Bereitstellung öffentlicher Einrichtungen und öffentlicher Dienstleistungen aller Art. Damit wird die Vorstellung von der öffentlichen Ausgabe als Kategorie „minderen Rechts“ vollends absurd.

Unter solchen Bedingungen ist es selbstverständlich, daß die öffentlichen Ausgaben mindestens ebenso stark zunehmen wie das Sozialprodukt. Tatsächlich aber steigen sie noch schneller, begünstigt durch ein von Progressionsbestandteilen durchsetztes Steuersystem, das die Einnahmen überproportional wachsen läßt. Berechtigte Kritik könnte erst hier ansetzen. Aber nicht unter dem Motto: Öffentlicher Bedarf zuletzt. Gemessen an den Möglichkeiten seiner Deckung ist auch der öffentliche Bedarf — wie wohl jeder — geradezu unbegrenzt. Der Zwang, Prioritäten zu bestimmen, besteht hier wie überall. Der Unterschied ist nur, daß die Entscheidung hier im Gegensatz zu anderen Verwendungszwecken coram publico erfolgt.

Öffentliche Ausgaben haben zwei Gesichter. Sie sind Anspruch an das Sozialprodukt und Beitrag zu seiner Entstehung zugleich. Die moderne Konjunkturlehre sieht in ihnen die letzte und die einzige wirklich zuverlässige Verteidigungslinie gegen den Angriff rezessiver Kräfte. Das ist die Optik der Krisenerfahrenen wie der Rezessionsgewohnten. Es ist nicht — noch nicht — unsere Optik, die wir uns bemühen, mit dem Phänomen Überbeschäftigung fertig zu werden. Bei uns sieht man es gerade umgekehrt: wenn man sonst nichts mit Sicherheit „bremsen“ kann, dann wenigstens die öffentlichen Ausgaben.

Das Ergebnis der jetzigen Bemühungen ist allerdings noch gar nicht abzusehen. Denn eine solche Politik gerät in schwerste Konflikte mit nichtkonjunkturellen Zielsetzungen. Reste von Wohnungsnot, Verkehrschaos auf den Straßen, Verschärfung der außen- und der sozialpolitischen Spannungen — sie fördern Tendenzen, die einem „Maßhalten“ entgegenstehen. Wird man objektiv vorrangige Bedürfnisse zurückstellen, nur weil man an die wirklichen „Krankheitsherde“ nicht herankommt?

Paradox ist die Wahl des Zeitpunktes. Nicht das Boomjahr 1960 ist Zeuge des Bemühens um eine Eindämmung der Ausgabenflut, sondern das konjunkturell gemächliche Jahr 1962. Die Bundesbank scheut erschwerende Maßnahmen, weil sie das Erlahmen wichtiger Auftriebskräfte konstatiert. Der Bund aber will bremsen. Er glaubt, damit eine „antizyklische“ Politik zu treiben. Doch was tut er wirklich? Er paßt seine Ausgaben den aus konjunkturellen Gründen langsamer wachsenden Einnahmen an. Das ist das genaue Gegenteil von Antizyklus; es ist eine Fortsetzung der bisherigen zyklusverstärkenden Finanzpolitik.

(Schm.)

Öffentliche Ausgaben zweitrangig?

Ausgabenflut und Wirtschaftswachstum

Prioritäten bestimmen

Die zwei Seiten der Medaille

Schwere Zielkonflikte

Retardierend, aber nicht antizyklisch

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.